



INHALT

| | | |
|-----------|---------|--|
| | Seite 2 | Corvus – Halbwertszeiten |
| BERICHTE | Seite 3 | Abwehrkämpfe – Ein Zwischenruf |
| | Seite 4 | Die DGB-Studis – Gewerkschaftliche Hochschulgruppe in Hannover |
| | Seite 4 | Pädagogen kritisieren Bundeswehrwerbung an Schulen |
| AKTIONEN | Seite 5 | Inklusion ... läuft! |
| | Seite 5 | Eine Stunde Mehrarbeit ... |
| | Seite 6 | Sommerfest der GEW: Ab dem dritten Mal wird's Tradition |
| | Seite 7 | Aus dem Schulausschuss: Schulentwicklung |
| AKTUELLES | Seite 7 | Familienzuwachs |
| | Seite 7 | Maren Kaminski, neue Gewerkschaftssekretärin stellt sich vor |
| | Seite 8 | Erreichbarkeit – Ein Appell |

Halbwertszeiten

Vorsokratische Naturphilosophen suchten die Vielfalt der Erscheinungen durch kleinste, unzerstörbare Teilchen, die Atome, deren Bewegungen und wechselnde Anordnungen zu erklären. Der moderne Atomismus hat diese Vorstellungen zunächst übernommen und mit den Erkenntnissen der modernen Chemie verbunden. Erst die Entdeckung der Radioaktivität durch Becquerel und der spätere Nachweis, dass es sich dabei um eine Erscheinung des Atomzerfalls handelt, erschütterte diese Vorstellung. Bei radioaktiven Stoffen kann nun von der Intensität der ausgesandten Strahlung direkt auf die Menge der in der Zeiteinheit zerfallenden Atome geschlossen werden. Die Halbwertszeit einer radioaktiven Substanz bezeichnet also die Zeit, in der die Hälfte der Atome einer gegebenen Menge zerfallen ist. Aus der Strahlungsaktivität berechnete Halbwertszeiten reichen von wenigen Mikrosekunden bis zu Quadrillionen Jahren. Der Begriff der Halbwertszeit kann auch in anderen Bereichen Verwendung finden, medizinisch etwa in der Verweildauer eines Medikaments im Körper etc.

Aber auch menschliche Werke sind Zerfall und Verschleiß ausgesetzt. An Gebäuden und Maschinen nagt der Zahn der Zeit, sei es in Form des natürlichen Verschleißes, sei es durch das, was mit Karl Marx moralischer Verschleiß genannt werden kann, dem Verlust an Nützlichkeit durch sich wandelnde Bedürfnisse und neue Erfindungen. Die Zerfallsgeschwindigkeit solcher Objekte kann jedoch nicht mit ver-

gleichbaren Begriffen gemessen werden. Investitionsgüter veralten mit progressivem technischen Fortschritt. Auch Gegenstände des persönlichen Bedarfs sind dem unterworfen, hier gelten aber auch Absatzstrategien der Hersteller.

Wieder andere Gesetze gelten im Bereich von Städtebau und Architektur. Der Wandel von Baustilen und städtebaulichen Konzepten vollzog sich in der Vergangenheit im Maßstab von Jahrhunderten. Heute, besonders nach dem vor siebzig Jahren erzwungenen Neuaufbau, gelten Jahrzehnte als lange Zeiträume. Hannovers berühmter Stadtbaurat Hillebrecht, schon unter Albert Speer mit Plänen zum Wiederaufbau zerstörter Städte betraut (und Experte im Einsatz von Zwangsarbeitern), durfte hier in Zusammenarbeit mit dem Auschwitz-Architekten Hans Stosberg sein Konzept für eine „Autogerechte Stadt“ umsetzen. Heute ist die die Begeisterung dafür etwas verblasst: Nach dem Abriss der Hochbrücke am Friedrichswall steht nun auch die an der Berliner Allee zur Disposition.

Städtebauliche „Leuchttürme“ wie das Ihmezentrum und das Bredero-Hochhaus („Brutalismus“) gelten als Investitionsruinen und harren neuer Nutzungskonzepte und neuer Investoren (... von dannen werden sie kommen!). Hier bewirkt der rasche (moralische) Verschleiß – im Gegensatz zum Atomzerfall – eher Stagnation als erhöhte Aktivität.

Hemmendes Moment in der Erneuerung von Bausubstanz sind Bestimmungen des Denkmalschutzes und die Urheberrechte renommierter Architekten und deren

Nachkommen. Ein grundlegender Umbau des Landtagsgebäudes ist – abgesehen von den Kosten – bislang daran gescheitert. Andernorts gilt weniger Sorgfalt. Was der Feuersturm und Hillebrecht von der historistischen Bausubstanz („Reichsbaubankbarock“) übrig gelassen hatten, soll heute modernen Bauten weichen. Was uns da blüht, ist am Ernst-August-Zentrum zu besichtigen. Landesdenkmalbehörde und Landeshauptstadt spielen jedenfalls Schwarzer Peter.

Das Schloss Herrenhausen – ebenfalls vor siebzig Jahren zerstört – wurde nun endlich, wenigstens als hüllende Fassade um ein modernes Veranstaltungszentrum, wieder errichtet. Eines der Flaggschiffe unserer Qualitätspresse, Springers *DIE WELT* (18. Januar 2013), verfiel darob gar in das Pathos der verblichenen DDR-Hymne („Auferstanden aus Ruinen!“). Nun musste man kürzlich lesen, dass sich auch hier schon erste Zeichen des Verfalls zeigen.

Erneut in diesem Jahr und besonders in den letzten Wochen stellte sich die Frage nach der relativen Beständigkeit der Dinge angesichts der Versprechungen der um unsere Wählergunst werbenden Parteien. Nun sind wir als aufmerksame Betrachter hier gegen Illusionen und Überraschungen einigermaßen gefeit. Was man hier als „Halbwertszeit“ bezeichnen könnte, erweist sich gewöhnlich als äußerst kurz. Verstärkte Aktivität ist dabei nicht die unmittelbare Folge des raschen Verfalls. Wenn der allerdings Reaktionen wie bei unserer Demonstration am 29. August auslöst, gibt das Anlass zur Hoffnung!

corvus

... Denn alles muss in Nichts zerfallen, wenn es im Sein beharren will.

Goethe

Impressum:

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Kreisverbände Hannover Stadt und Land,
Berliner Allee 18, 30175 Hannover,
Telefon 66 20 -14, Telefax 61 12 94,
E-Mail: gew@gew-hannover.de

Verantwortlicher Redakteur i.S.d.P.:

Reinhold Weismann-Kieser,
Berliner Allee 18, 30175 Hannover.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Gesamtherstellung: apm AG, Darmstadt.

DIE GEW HANNOVER news erscheint dreimal im Jahr. Auflage: 5000 Exemplare. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Titelkarikatur: Swidbert Gerken

Abwehrkämpfe

Ein Zwischenruf

Keine Frage, die Demonstration vom 29. August gegen die angekündigten Angriffe auf die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen vieler Kolleginnen und Kollegen war eindrucksvoll und hat die breite Sympathie auch der Vertretungen der Eltern- und Schülerschaft gefunden. Den Organisatoren und den Beteiligten musste aber klar sein, dass diese Aktion die neue Landesregierung und ihre Parlamentsmehrheit nicht zum Einlenken bewegen würde. Die Ministerin hatte sich dazu auch eindeutig geäußert. Weitere Aktionen würden also notwendig sein, trotz der Beschränkungen, die den vielen beamteten Kolleginnen und Kollegen dabei auferlegt sind.

Vieftach bleibt nur die Einschränkung bzw. Verweigerung von Arbeitsleistungen, die nicht so einfach per Dienstrecht angeordnet werden können. Früher nannte man das mal „Dienst nach Vorschrift“. Zu diesen Aktionsformen zählt auch die Ankündigung von immer mehr Kollegien an Gymnasien, Studien-

reisen, Klassenfahrten usw. einzuschränken oder ganz zu streichen. So etwas ist natürlich für die Schülerinnen und Schüler schmerzlich, aber es ist ein sichtbares Zeichen, an dem sich sofort eine öffentliche Debatte entzündet. Weitgehend im Verborgenen, obwohl „pädagogisch“ weit schädlicher, vollzieht sich hingegen der schleichende Prozess des Verlustes an Arbeitsfreude und Gesundheit, den die fortschreitende Verdichtung der Arbeitszeit mit sich bringt und der nun durch die angekündigte Mehrarbeit verschärft würde! Erwartungsgemäß beantwortete die Ministerin die Ankündigung der Kollegien mit dem abgeschmackten Spruch vom „Rücken der Schülerinnen und Schüler“, was die veröffentlichte Meinung bereitwillig aufgriff und was auch im Kreis der „Betroffenen“ entsprechend sekundiert wurde. Nun wird man in der Geschichte gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen in dieser Republik kaum etwas finden, was die jeweilige Gegenseite als verhältnismäßig oder gar gerechtfertigt bezeichnete. Warum sollte es damit unseren Kolle-

ginnen und Kollegen besser gehen als denen bei der Bahn, auf den Flughäfen oder gar in Krankenhäusern?

Wer von konkreten Aktionen abrät, statt dessen die Probleme des „Medienbetriebs“ beklagt und vom „weiteren Aufbau direkten politischen Drucks auf die politischen Verursacher“ redet, wie von verantwortlicher Seite unseres Landesverbands zu vernehmen war, kann nur Resignation erzeugen! Wir wissen, dass die besseren Argumente bei denen liegen, die sich direkt zur Wehr setzen. Auf dieser Grundlage müssen wir um Unterstützung und Bündnispartner werben! Gegen den „Medienbetrieb“, wogegen sonst?

Und schließlich: mit den „hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums“ wurde unter vordemokratischen Verhältnissen schon lange Staat gemacht. Unsere Gewerkschaft ist u. a. dazu angetreten, dem Grundrecht auf Koalitionsfreiheit ihnen gegenüber Geltung zu verschaffen. Sollte uns das je gelingen, werden wir den „Medienbetrieb“ noch heftiger zu spüren bekommen! *Reinhold Weismann-Kieser*



Die DGB-Studis

Gewerkschaftliche Hochschulgruppe in Hannover

2006 gründete sich die DGB-Studierendengruppe als eine politische Plattform selbstorganisierter Studierender unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Gruppe ist basisdemokratisch organisiert. Sie besteht aus ehrenamtlich aktiven, gewerkschaftlich orientierten Studierenden, die sich für politische Belange und mögliche Interessen von Studierenden einsetzt.

Waren in der Anfangszeit vor allem geisteswissenschaftliche Studierende der Leibniz Universität Hannover vertreten, so setzt sich die Gruppe heute aus Studierenden der unterschiedlichsten Fachrichtungen und Hannoverschen Hochschulen zusammen. Ob es um Geschlechtergerechtigkeit wie die Entgeltgleichheit am Equal Pay Day, die überfüllten Seminarräume an der Uni oder um Rechte studentischer Hilfskräfte geht, die DGB-Studis treten immer wieder mit humorvollen Aktionen in Erscheinung. So wurden die Erstsemester im Oktober 2011 mit einer Sitzplatzversteigerung empfangen und konnten beim Raumnot-Twister lernen, wie sie am besten in einem überfüllten Raum noch ein Plätzchen finden. Im Jahr davor bekamen die „Erstis“ Ravioli-Konserven, die mit dem Slogan beklebt waren „Willkommen – Durchgenudelt an der Fließband-Uni“.

Neben den verschiedenen Aktionen führen die Studis auch immer wieder Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsgewerkschaften durch. So können sich Studierende zu Themen wie Praktika oder Einstiegsgehältern informieren. 2012 organisierten sie mit Hilfe des Personalrates der Universitätsbibliothek/ Technische Informationsbibliothek (TIB/ UB) eine Teilpersonalversammlung der studentisch Beschäftigten, durch die es gelang, die Befristungszeiträume der Arbeitsverträge von drei auf sechs Monate zu verlängern. Als fester Termin ist auch immer wieder der 1. Mai eingeplant. So waren die Studis in den vergangenen Jahren auf dem Klagesmarkt unter anderem in Toga und mit Sänfte unterwegs und forderten „Dekadenz für alle“, um gegen Westerwelles „Spätromischen Dekadenz“-Spruch zu demonstrieren, oder bepackt mit Kartons und Kisten, um auf den Zuwachs von psychischen Erkrankungen



Foto: Reinhold Weismann-Kieser

Spätromische Dekadenz

und Burn-Out bei Studierenden aufmerksam zu machen.

Als zentrales Anliegen sehen es die Studis vor allem, andere Studierende an der Hochschule für gewerkschaftliche Themen zu sensibilisieren. Über 2/3 der Studierenden arbeiten neben dem Studium. Viele haben allerdings noch keinen Blick dafür, dass sie sich in einer abhängigen Beschäftigung befinden und ihnen Rechte zustehen. Zurzeit arbeitet die Studi-Gruppe zusammen mit dem AStA der Leibniz-Universität und verschiedenen Fachschaften an einem Projekt, bei dem sich möglichst viele studentische Beschäftigte organisieren und für mehr Mitbestimmungsrechte kämpfen sollen.

Für alle interessierten Studierenden: Die DGB-Studis treffen sich jeden letzten Donnerstag im Monat, um 18 Uhr, in der Destille (Im Moore 3, 30167 Hannover).

Kontaktaufnahme gern über

wolf.volkmar@yahoo.com

und im Netz findet ihr uns über

www.dgbstudis.de

Volkmar Wolf

Pädagogen kritisieren Bundeswehrwerbung an Schulen

Hannover (epd). Pädagogen haben sich gegen die zunehmende Präsenz der Bundeswehr an Schulen ausgesprochen. „Durch die verstärkte Arbeit von Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern wird das Militär zum selbstverständlichen Teil von Schule“, sagte die Freiburger Erziehungswissenschaftlerin Lena Sachs am Montagabend in Hannover bei einer Veranstaltung der Lehrer-gewerkschaft GEW. Sachs wirkt an der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ in Baden-Württemberg mit.

Jugendoffiziere der Bundeswehr erreichten nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums im vergangenen Jahr mehr als 175 000 Teilnehmer in rund 7000 Veranstaltungen. Das Hauptziel der Werber seien Gymnasien und Realschulen, sagte Sachs. Durch den Umbau zu einer Interventionsarmee gebe es für die Bundeswehr einen erhöhten Legitimationsbedarf. Zudem sei die Armee wegen der Abschaffung der Wehrpflicht stärker als früher darauf angewiesen, Nachwuchs zu rekrutieren.

Die Unterrichtsmaterialien vermittelten jedoch ein unrealistisches Bild von Militäreinsätzen. „Dort gibt es keine Gewalt, keine Kriegstoten und keine Traumatisierten.“ Soldaten würden auf Bildern ausschließlich als freundliche Katastrophenschützer dargestellt. Auch sprachlich wirke das Material beschönigend: Kampfeinsätze hießen dort „friedens erzwingende Maßnahmen“. Zwar dürften Jugendoffiziere im Gegensatz zu Wehrdienstberatern in Schulen keine Interessenten für den Militärdienst anwerben. „Unterschwellig und indirekt werben sie aber sehr wohl.“

Die Jugendoffiziere würden gezielt für den Umgang mit Schülern ausgebildet, erläuterte Sachs. So durchliefen sie zielgruppenspezifische Sprachtrainings und müssten jünger als 32 Jahre sein. „Sie wissen, wie sie die Jugendlichen erreichen.“ Neben Vorträgen im Schulunterricht böten sie Klassenbesuchen „bei der Truppe“, mehrtägige Fahrten oder Planspiele an.

Pädagogen hätten oft zu wenig Argumente gegen Jugendoffiziere, sagte Barbara Kieser von der GEW. „Lehrern fehlt die Zeit, sich umfassend auf die Themen vorzubereiten.“ Die Gewerkschaft müsse ihnen hierfür mehr Hilfen an die Hand geben. Einzelne Schul- und Lehrerkonferenzen hätten sich bereits gegen Bundeswehrwerbung an ihren Schulen ausgesprochen. Schulen in Berlin und Offenbach hätten hierfür kürzlich den Aachener Friedenspreis 2013 erhalten. *Stefan Korinth, epd Nr. 107* (Mit freundlicher Genehmigung)

Gesellschaft

Nr. 107 | 04.09.2013 Nachrichten

epd-Landesdienst, Telefon 05 11/12 41-7 01,

Fax: 05 11/32 33 13, E-Mail: hannover@epd,

Internet: epd-niedersachsen-bremen.de

Auf der Kampagnenseite www.lernenfuerdenfrieden.de findet ihr eine Unterschriftenliste. Die gesammelten Unterschriften werden am 12. Dezember 2013 bei der Kultusministerkonferenz in Berlin den politisch Verantwortlichen übergeben.

Inklusion ... läuft!

Zugegeben, wir hatten ordentlich Bammel vor dem Start der inklusiven Schule in unseren neuen ersten Klassen. Doch es zeigt sich: Wir sind auf dem Weg. Und da dieser bekanntermaßen das Ziel sein kann, herrscht Aufbruchsstimmung im positiven Sinne. Es ist uns (knappkantig) gelungen, drei kleine statt zweier großer Klassen zu bilden, was allen zugutekommt.

Aber schon dieser Akt bereitete und bereitete einiges Kopfzerbrechen: Die inklusive Schule als Schule für alle Kinder sollte niemanden stigmatisieren müssen, um gute Arbeit leisten zu können. Die Klassengröße ergibt sich aber nun einmal aus den Doppelzählungen der Kinder mit Unterstützungsbedarf... ein Widerspruch, an dem wir arbeiten müssen. Die KollegInnen gehen mit frischem Mut an die „neue Situation“. In den ersten Klassen wird fleißig mit Wochenplänen und anderen individualisierenden Methoden gearbeitet, was uns erlaubt, die Kin-

der beobachten und auf ihrem jeweiligen Niveau unterstützen zu können. Wir bilden uns mithilfe unserer FörderschulkollegInnen fort und lernen (längst überfällig) die basalen Fähigkeiten **aller** Kinder einschätzen zu können. (Seltsam, dass das im Grundschullehramtsstudium nie ein Thema war...). Die regelmäßigen Besprechungen des Jahrgangs-/Inklusionsteams sind Pionierarbeit für die kommenden Jahrgänge.

Die Eltern haben ihre eigene Gedanken- und Gefühlswelt zum Thema Inklusion. Die Fragen nach bereits bestehendem Förderbedarf (Wie viele sind das denn?) und die Ängste vor einem Ausbremsen der Lernstarken (Ja, sinkt denn jetzt nicht das Niveau?) lassen sich auffangen. Ich habe den Eltern meiner Klasse versprochen, dass ihre Kinder selbst das eigene Niveau bestimmen, wieder so ein Vorteil offen(er)en Unterrichts. Und eine Mutter sprang mir zur Seite, indem sie anmerkte, dass doch sicher jedes Kind, auch die Lernstarken und sprachlich Begabten, ihr ganz indivi-



Inklusionsteam der GS in Langen Feld

duelles Entwicklungsfeld haben (Hach, das war schön). Auch die Angst vor einem „Experimentierjahrgang“ konnten wir abschwächen, da die Methoden des offenen Unterrichts ja nun wirklich keine neue Erfindung sind... Wir lernen mit jedem Kind, mit jeder Besonderheit dazu. Die Zukunft macht uns also primär insofern Angst, dass das Gelingen der inklusiven Schule ganz erheblich von den uns zugesprochenen Ressourcen abhängt. Erneut wurden unsere Förderstunden zusammengestrichen, die nun sehr konzentriert in Jahrgang 1 stattfinden. Also, liebe Arbeitgeber, bei uns läuft die Inklusion, aber seid ihr schon soweit?
Steffi Bernhagen

Eine Stunde Mehrarbeit ...

... an den Gymnasien, der Wegfall der Altersermäßigungsstunden für Lehrer ab 55 Jahren und die nicht erfasste Zeit, die Lehrer für den Einstieg in die Inklusion aufbringen müssen, macht zusammen mindestens vier Stunden Mehrarbeit pro Woche... Das ist die Situation, in der sich Lehrende in Niedersachsen zurzeit befinden. Dazu kommt in Klassen mit Inklusion noch die erhöhte Intensität der Unterrichtsvorbereitung und die Energie, die ein zieldifferenter Unterricht erfordert.

Das wird mal so eben von Lehrern der ersten und fünften Jahrgänge gefordert. Dabei steht alles unter der großen Überschrift **Inklusion** und **Menschenrechtskonvention**.

Man kann von LehrerInnen ja auch erwarten, dass sie unentgeltlich für ein so hehres Ziel einige Stunden mehr zu arbeiten bereit sind. Man kann davon ausgehen, dass ihnen das Wohl der Kinder so sehr am Herzen liegt und sie es nicht übers Herz bringen werden, diese zu enttäuschen... Außer drei Modulen Fortbildung „Inklusion“, die ab dem Schuljahr 2012/2013 angeboten werden, kommt von oben keine Hilfe. Dabei gibt es schon jetzt zu wenige Fortbildungsplätze für alle die, die be-



troffen sind. Schulleiter fangen z.B. jetzt erst damit an.

Was bräuchten wir, damit Inklusion überhaupt gelingen kann:

1. Zeit, für flächendeckende Fortbildungen für alle KollegInnen, sowohl für die Grund- und SekundarschullehrerInnen, wie auch für die FörderlehrerInnen, rechtzeitig, spätestens bis zum eigenen Einstieg.
2. Konzepte, die von Pilotschulen entwickelt und für gut verwirklicht erklärbar wurden, und die von Schulen übernommen werden könnten, so dass nicht jede

Schule das Rad für diese Konzepte, Pläne und Anträge neu erfinden müsste.

3. Zusätzliche Lehrerstunden für die Durchführung einer Eingangsdagnostik in den ersten vier Wochen der ersten Schuljahre.
4. Barrierefreie Schulen mit behindertengerechten Toiletten.
5. Kleinere Klassen (höchstens 18 Kinder je nach Anzahl möglicher Inklusionskinder) mit Zusatzräumen für Differenzierung.
6. Mehr Lehrerstunden für Teamteaching, Doppelbesetzung und Schülerhilfen, gerade für zieldifferenten Unterricht.
7. Zwei Lehrerstunden wöchentlich mindestens für Absprachen, Planungen und Beratung mit den FörderlehrerInnen, Eltern, Therapeuten, Ärzten und anderen, die in Inklusion involviert sind.
8. Erhöhung der Förderstunden auf mindestens vier pro Klasse.
9. Zusätzliche Förderstunden für Schüler, die noch nicht (gut genug) Deutsch sprechen.
10. Ein zusätzlicher Etat für die Anschaffung von Diagnose- und Fördermaterial.
11. Einbeziehung der hochbegabten Kinder in die Förderarbeit.

Renate Beblo

Sommerfest der GEW

Ab dem dritten Mal wird's Tradition

Sommer? Hallo? Doch, den gab's mal – und mit ihm das Sommerfest der hannöverschen GEW, mittlerweile in der dritten Auflage.

Mit inzwischen bewährter Ortswahl (dem Zirkusgarten hinter dem Haus der Jugend), bewährtem Konzept (Spiel und Spaß, lecker Essen, allerfeinster Akrobatik vom hauseigenen Zirkus Salto, Rhythmik zum Mitwippen von der GEW-Samba-Gruppe, und all das als fröhlicher Rahmen für die JubilarInnen-Ehrung), annähernd bewährtem Zeitpunkt (Schuljahresabschluss mit vorfreudigem Blick auf die Sommerferien). Zugegeben: die Verschiebung von Sonnabend auf Freitag war nur die zweitbeste Lösung, hatte sich aber offensichtlich rechtzeitig herumgesprochen. Und so haben denn alle Beteiligten einen entspannt-fröhlichen Nachmittag genossen: Die zahlreich mitgebrachten Kids vergnügten sich – pädagogisch wertvoll betreut und mit reichlich Beschäftigungsmöglichkeiten bei Laune gehalten – auf der Wiese, die zugehörigen Eltern konnten sich ungestört dem KollegInnenplausch widmen, die kinderlos Angereisten genossen wohlgefällig den Generationenmix, und die JubilarInnen freuten sich über die lockere Atmosphäre, in deren Rahmen ihre „Ehrung“ stattfand.

Harald Haupt, Birgit Furtner und Dieter Räger hielten nicht nur launige Reden und Urkunden, sondern auch Sekt bereit für die persönlich Eingeladenen mit „runder“ Mitgliedschaft, und so war selbst dieser „offizielle“ Teil der Veranstaltung geprägt von guter Laune. Schön zu sehen, dass auch viele Jung-JubilarInnen mit 10jähriger Mitgliedschaft der Einladung gefolgt waren – ein Beleg dafür, dass junge KollegInnen sich in der GEW gut aufgehoben fühlen.

Auch für alle Nicht-JubilarInnen war das Sommerfest wieder eine echte Wohlfühlveranstaltung – fernab von jeder schulpolitischen Diskussionsmühsal, perfekt organisiert (DANKE an unsere Geschäftsstellen-Profis Bettina und Ralfina!) und somit eine passgenaue Einstimmung auf die Sommerferien – mit dem dritten Durchlauf der Einstieg in eine GEW-Tradition neuer Art: WIR KÖNNEN AUCH FRÖHLICH!
Irmela Weinhardt



Vorankündigung: Das 4. Sommerfest findet statt am Samstag, 26. Juli 2014

Maren Kaminski

Neue Gewerkschaftssekretärin stellt sich vor

Ich gebe zu, meine Kandidatur als Oberbürgermeisterin für die Landeshauptstadt Hannover war ab dem 18. September nur noch Fassade. Ich hoffe mit diesem Geständnis bei euch auf Nachsicht zu treffen. An diesem Abend erhielt ich die erfreuliche Nachricht, ab dem 1. Oktober als Gewerkschaftssekretärin für die GEW Kreisverbände Hannover Stadt und Land arbeiten zu dürfen. Hätte es mit der Oberbürgermeisterwahl geklappt, hätte ich gleich nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses Neuwahlen ausrufen müssen – das passiert wahrlich nicht alle Tage, dass Frau ihr Hobby zum Beruf machen darf.



Die Bildungspolitik begleitet mich nunmehr seit 13 Jahren ehrenamtlich in unterschiedlichen Zusammenhängen.

Als Mitglied der studentischen Gremien habe ich im Studierendenparlament und im AstA der Universität Hannover im Jahr 2000 begonnen Druck auf die Landesregierung auszuüben, um die Einführung der Langzeitstudiengebühren zu verhindern. Zur Landtagswahl 2003 habe ich auf die Einführung der Vermögenssteuer mit

dem Vorhaben, diese Einnahmen für dringend notwendige Bildungsinvestitionen zu verwenden, gesetzt. Diese Absicht wurde vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder nicht mitgetragen. 2004 war dann meine Enttäuschung über die SPD so groß, dass ich sie verließ und zur PDS, jetzt DIE LINKE, wechselte. Dort war ich einige Zeit Koordinatorin des bundesweiten Hochschulgruppennetzwerks. Hierüber ergab sich ein enger Kontakt und Austausch mit der GEW, insbesondere durch die gemeinsame Mitgliedschaft im Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS).

Lokal entwickelte sich in Hannover ein breit getragenes Bündnis gegen das HOK (Hochschuloptimierungskonzept) der CDU-FDP-geführten Landesregierung. Was der Öffentlichkeit als Optimierung verkauft werden sollte, waren tatsächlich Einsparungen im Hochschulbereich von über 50 Millionen Euro. Den gewerkschaftlich orientierten Mitgliedern in dem Bündnis ging es darum, zu verhindern, dass einzelne Statusgruppen an den Hochschulen sich gegeneinander ausspielen lassen sollten.

Seit Januar 2007 bin ich Mutter einer Tochter, die zurzeit die erste Schulklasse besucht. Seit ihrem ersten Lebensjahr besuchte Lotta eine städtische Krippe, einen Kindergarten und momentan neben der



Familienzuwachs

GEW Hannover proudly presents: Der erfreuliche Anlass für Katjas neuen Arbeitsbereich heißt Anouk, ist am 21. Mai geboren, entwickelt sich prächtig und sorgt dafür, dass ihre Mutter sich auch ohne GEW-Geschäftsstelle nicht langweilt... GLÜCKWUNSCH!

Schule einen Hort. Das Mitwirken in der Elternratsarbeit war mir immer ein wichtiges Anliegen. Auch hier galt mein Augenmerk nicht der Vertretung von Einzelinteressen, sondern dem Austausch und Zusammenspiel mit und zwischen Eltern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der jeweiligen Einrichtungen.

Geboren wurde ich vor 34 Jahren in Bramsche bei Osnabrück, lebte bis zum Abitur in Neuenkirchen-Vörden. Zwecks Studiums verschlug es mich zunächst nach Köln. Im März 2000 begann ich das Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Hannover.

Aus dem Schulausschuss: Schulentwicklung

Zu Beginn des Schuljahres 2013/14 haben zwei neue IGSen ihren ersten Jahrgang eingeschult. Sowohl die IGS Südstadt als auch die IGS Bothfeld sind vierzünftig gestartet. Während in der IGS Bothfeld die Klassengröße bei zum Teil über 28 SchülerInnen pro Klasse liegt, sind die Klassen in der IGS Südstadt deutlich kleiner. Genaue Zahlen liegen noch nicht vor. Es wird die Statistik der Landesschulbehörde abgewartet. Zurzeit gibt es erste Überlegungen, ob z.B. in Misburg eine weitere IGS gegründet werden soll.

Der demographische Wandel und der neue Klassenteiler für Grundschulen von 28 auf 26 SchülerInnen führen dazu, dass an einigen Schulstandorten der Unterricht mangels vorhandener

Räumlichkeiten nun in zusätzlich errichteten Containern stattfinden muss. Im gesamten Stadtgebiet gibt es zwar ausreichende Kapazitäten, regional ist der Raumbedarf jedoch sehr unterschiedlich. Es wird weiterhin über eine neue Zuschneidung der Schuleinzugsgebiete verhandelt aufgrund der Pläne, am Schulstandort Am Welfenplatz 3 der FÖS Albrecht-Dürer-Schule eine neue dreizügige Grundschule als Ganztagsgrundschule, aufbauend ab dem Schuljahr 2014/15, zu errichten. Dies hätte Auswirkungen auf die Schuleinzugsbereiche von GS Alemannstraße, GS Rosa-Parks, GS Comeniuschule und GS Johanna-Friesen-Schule. Hierüber gibt es jedoch noch keine verbindlichen Beschlüsse.

Birte Clasen



Erreichbarkeit

Ein Appell

In den guten alten Zeiten, da gab es sie noch an den meisten Schulen, die regelmäßig tagenden Betriebsgruppen mit den Vertrauensleuten, die liebevoll die GEW-Bretter betreuten und die Kolleginnen und Kollegen mobilisierten, wenn's drauf ankam.

H heute mag es diese Strukturen hier und dort in der einen oder anderen Form immer noch geben, aber die Hektik des Schulalltags, die Informations- und Papierflut und die zunehmende administrative Arbeitsbelastung behindern die gewerkschaftliche Kommunikation empfindlich.

Der fortgesetzten Arbeitsverdichtung und den immer wiederkehrenden Versuchen der Landesregierungen – gleich welcher

Couleur – die Arbeitszeit zu verlängern, können wir aber nur durch organisierte Gegenwehr begegnen. Groß angelegte Aktionen, wie die am 29. August, sind natürlich wirkungsvoll. Es gibt jedoch auch örtliche Probleme und solche, die bestimmte Berufsgruppen oder Beschäftigungsverhältnisse betreffen, die rasche und sichtbare Reaktionen erfordern. Hier sind die genannten Kommunikationsprobleme besonders hinderlich!

Alle reden von Datenschutz, wir auch!

Die Möglichkeiten zur schnellen Information und Mobilisierung vieler Betroffenen würden aber wesentlich verbessert, wenn die elektronischen Nachrichtenmittel breiter genutzt werden könnten. Dazu müsste unsere Kreis- und Bezirksgeschäftsstelle allerdings auf eine möglichst große Zahl

von E-Mail-Adressen und Mobil-Telefonnummern unserer Mitglieder zurückgreifen können, um sie gezielt über Mail oder SMS ansprechen zu können!

Wir wissen sehr wohl, dass manche von uns dazu etwas über ihren Schatten springen müssten, aber keine Angst vor einer Nachrichtenflut, die dann die Postfächer überschwemmen würde. Schon aus Gründen der Arbeitsbelastung würde die Geschäftsstelle nur in dringenden Fällen von diesen Instrumenten Gebrauch machen, und billiger als das Eintüten und Verschicken von Briefen wäre es allemal!

Also, denkt mal drüber nach! Und wenn Ihr den Vorschlag vernünftig findet:

gew@gew-hannover.de

Reinhold Weismann-Kieser



Fotos: Reinhold Weismann-Kieser

**Öffnungszeiten der GEW-Geschäftsstelle in den Weihnachtsferien:
23. Dezember 2013 bis 3. Januar 2014 geschlossen. Ab dem 6. Januar 2014 gelten die normalen Öffnungszeiten.
Wir wünschen euch erholsame Feiertage, einen guten Rutsch und alles Gute im Jahr 2014!
Euer Geschäftsstellen-Team**